

Pressemitteilung

Hannover, 28. August 2026

Einfacher, schneller, günstiger – Mut zu neuem Denkmalschutz

Die gemeindlichen Verbände begrüßen den Entwurf zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes. „Das Ziel der Novelle,ungsverfahren nachvollziehbarer, schneller und wirtschaftlicher zu gestalten sowie den Kommunen mehr Eigenverantwortung zu geben, findet unsere volle Unterstützung. Im Bereich des Denkmalschutzes hat sich über die Jahre ein System aufgebaut, das heute so nicht mehr tragbar ist“, erklärt der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetags, Dr. Jan Arning: „Unser Dank gilt Minister Falko Mohrs für den Mut, dieses reformbedürftige, die Kommunen lähmende System zu verbessern.“

Der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, stellt fest: „In vielen Fällen führt der Denkmalschutz zu Verzögerungen von baulichen Entwicklungen, verteuert Investitionen oder verhindert diese sogar. Bei der Entwicklung von Baugebieten tragen aktuell häufig die Städte und Gemeinden die Kosten für archäologische Ausgrabungen, da die Grundstücke sonst gar nicht mehr vermarktbare wären. Da sich die Städte und Gemeinden das künftig nicht mehr leisten können, wird der Denkmalschutz ein weiterer Kostentreiber für Bauvorhaben werden und beispielsweise mehr Wohnungsbau entgegenstehen.“

Der vorliegende Entwurf stelle, so Dr. Arning und Dr. Trips gemeinsam, insgesamt einen gut abgewogenen und gelungenen Kompromiss dar: „Er atmet den Geist einer aus unserer Sicht unbedingt erforderlichen neuen Kultur des Vertrauens zwischen den staatlichen Ebenen. Er wagt auf dieser Grundlage weniger Bürokratie, wenn beispielsweise Benennungserfordernisse mit dem Landesamt für Denkmalpflege gestrichen werden und stattdessen ein konsequenter zweistufiger Verwaltungsaufbau angestrebt wird.“

Ansprechpartner:

Stefan Wittkop, 0511 368 94-13, 0172 5397513, wittkop@nst.de

Andreas Kröling, 0511 302 85-44, kroeling@nsgb.de

Hintergrund:

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens hat der Landesregierung im Mai 2025 über 80 konkrete Vorschläge für einen zügigen Bürokratieabbau sowie die Senkung von Standards und die Vermeidung neuer Bürokratie vorgelegt und präsentiert. Eine der Kernforderungen war der Ruf nach

mehr Eigenverantwortung für die Kommunen und einfacheren, schnelleren Verfahren im Bereich des Denkmalschutzes.